

**Antrag der SPD-Fraktion vom 28. April 2025 betr. Angebot an
Gemeindepfleger*innen für Darmstadt perspektivisch erweitern**



SPD-STADTVERORDNETENFRAKTION DARMSTADT

SPD-Stadtverordnetenfraktion Darmstadt

Marburger Str. 13

64289 Darmstadt

Fon: 06151 – 2 79 02 75

info@spdfraktion-da.de

www.spdfraktion-da.de

Antrag

Angebot an Gemeindepfleger*innen für Darmstadt perspektivisch erweitern

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die notwendigen Voraussetzungen zur flächendeckenden Einrichtung eines Angebots für Gemeindepfleger*innen in allen Stadtteilen der Stadt vorzubereiten.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, über die Gremien des Hessischen Städtetags und des Städte- und Gemeindebundes (Hauptausschuss, Sozialausschuss) auf die Hessische Landesregierung einzuwirken, das bisherige Modell zu entfristen und die bis 2027 auslaufende Förderung weiterzuführen.

Das Finanzierungsmodell des Landes Hessen muss - ähnlich wie in Rheinland-Pfalz - auf eine Vollfinanzierung der Stellen ausgelegt werden. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage der Stadt Darmstadt.

Das hessische Programm muss bei seiner Neukonzeptionierung und der jetzt beginnenden Überarbeitung der Richtlinien auf die Aufgaben des §71 SGB XII ausgerichtet werden, wonach Beratung und Begegnung im öffentlichen Raum als pflichtige Leistung anerkannt werden.

Begründung:

Vor acht Jahren startete in Hessen das Projekt „Gemeindepfleger*innen in Hessen“. Das Modellprojekt, an dem bisher 19 Landkreise und 2 kreisfreie Städte - darunter die Wissenschaftsstadt Darmstadt - teilnehmen, läuft 2027 aus. Das Projekt befindet sich somit noch in einer Verstetigungsphase.

Bisher wurde jede Stelle mit max. 50.000.-€ des Arbeitnehmer -Brutto vom Land unterstützt. Den Rest musste die Kommune beisteuern. Das bedeutet für Darmstadt eine Landesfinanzierung von 400.000.-€, der eine städtische Co-Finanzierung von 175.000.-€ gegenübersteht.

Das Projekt hat sich nach erfolgter Evaluation in mehrfacher Sicht als erfolgreich gezeigt. So trat die Notwendigkeit pflegerischen Aufwands im Rahmen der Einstufung in eine Pflegestufe erst später ein. Insofern ist nachgewiesen, dass sich das Modell „rechnet“, weil die Pflegekasse erst später in Anspruch genommen wird.

Für betagte Bürger*innen wurde somit selbstbestimmtes Leben im häuslichen Zusammenhang länger möglich. Die Rückmeldungen der beratenen Menschen zeigen, dass sie sich gut beraten fühlen und in ihrem Zu Hause sicher sind. Sie entwickeln eine eigene und selbstbestimmte Mobilität und fühlen sich weniger einsam. Gut angenommen wird das Programm von Frauen und Alleinstehenden.

Die Forderung nach einer flächendeckenden Versorgung mit Gemeindepfleger*innen mit festgelegten Standards und einer Versorgung von einer Stelle pro 30.000 Einwohner*innen wird vom „Bündnis für Pflege“ in Darmstadt unterstützt.

Darmstadt, 28. April 2025

Michael Siebel
(Fraktionsvorsitzender)

Ulrike Schmidbauer
(stellv. Fraktionsvorsitzende)

Barbara Lücke
(Stadtverordnete)